



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2009

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2009

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2009
3. Erfolgsrechnung 2009
4. Finanzrechnung 2009
5. Erläuterungen zur Bilanz
6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
7. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Lagebericht der IHK Berlin zur Bilanz zum 31. Dezember 2009

1. Lagebericht

Die Berliner Wirtschaft 2009

Das Jahr 2009 war für die Berliner Wirtschaft kein leichtes. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise machte auch vor den Unternehmen in der Bundeshauptstadt nicht Halt. Fast alle Bereiche hatten mit Umsatzeinbrüchen zu kämpfen. Zunächst traf es den Bankensektor und die Industrie, darunter viele Zulieferer der Automobilindustrie und exportorientierte Unternehmen. Danach folgten das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Baubereich, schließlich auch die Verkehrswirtschaft und der Handel.

Doch der Standort Berlin erlitt vorläufigen statistischen Erhebungen zufolge nicht jene drastischen Einbußen wie andere Regionen in Deutschland. Mit einem Minus von 0,7 Prozent beim Wirtschaftswachstum schnitt Berlin 2009 im bundesweiten Vergleich am besten ab. Insbesondere die Gesundheitswirtschaft, die Dienstleister und die Tourismuswirtschaft, aber auch die Baubranche erwiesen sich als relativ robust, nicht zuletzt wegen der Aufträge beim Bau des neuen Flughafens BBI. Offenbar trägt die langjährige Umstrukturierung der Berliner Wirtschaft Früchte.

Das trifft teilweise auch auf die Industrie zu. Während insbesondere an Automobilstandorten in Deutschland zweistellige Umsatzeinbrüche zu beklagen waren, konnten die hauptstädtischen Unternehmen sich recht erfolgreich gegen die Krise stemmen. Das betrifft neben der Gesundheitswirtschaft auch die Felder Pharma, Optik, Biotechnologie, Green Economy und Antriebstechnik. Nach Jahren des strukturellen Umbau sind im industriellen Sektor viele hoch produktive und oftmals global wettbewerbsfähige Unternehmen entstanden.

Im Rahmen eines Aktionsbündnisses „Berlin trotz der Krise“ hat die IHK Berlin zusammen mit dem Senat, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, der Handwerkskammer Berlin, der Investitionsbank Berlin, dem DGB Berlin-Brandenburg und den Unternehmensverbänden in Berlin und Brandenburg eine Vielzahl von Hilfsangeboten an die Unternehmen gerichtet. So konnten sich die Unternehmen unbürokratisch und schnell zu Fragen der Kurzarbeit, der Qualifizierung von Beschäftigten, der Finanzierungsförderung oder zur Vergabe von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II informieren und beraten lassen.

Im Verlauf des Jahres 2009 verschlechterten sich in Folge der weltweiten Finanzkrise die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen zunehmend. Dies bedeutete gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit dünner Eigenkapitaldecke hohe Hürden bei der Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln. Deshalb forderte die IHK den Berliner Senat Anfang 2009 auf, zur Unterstützung des Mittelstandes das landeseigene Förderinstrumentarium stärker auf KMU auszurichten – mit Erfolg: Die IBB stellt nun auch Kredite für Um- und Anschlussfinanzierungen, zur Vorfinanzierung von Aufträgen sowie zur Finanzierung von Betriebsmitteln zur Verfügung. Dafür sind 2010 bis zu 50 Millionen Euro vorgesehen. Zweitens können Existenzgründer und KMU mit einem vereinfachten Antragsverfahren Mikrokredite in einer Höhe von bis zu 25.000 Euro erhalten. Bisher lag hier die Obergrenze bei 10.000 Euro.

Richtig war die Entscheidung der Politik, mit Konjunkturprogrammen in Infrastruktur zu investieren. Dabei war klar, dass die Wirksamkeit des Konjunkturpakets II entscheidend davon abhängt, wie schnell die für Berlin zur Verfügung stehenden 632 Millionen Euro bei den Unternehmen ankommen. Bis in den Sommer waren jedoch kaum zusätzliche öffentliche Aufträge zu verzeichnen. In der zu langen Vorlaufphase der Verwaltung rächte sich, dass die seit Jahren diskutierte Neuorganisation der Berliner Bauverwaltungen nie umgesetzt wurde. Auf Drängen der IHK Berlin wurden schließlich vereinfachte Ausschreibungsverfahren angewandt und Auftragsvergaben im Internet veröffentlicht. Im Herbst kam die Bauauftragsvergabe endlich in Schwung, so dass die vollständige Umsetzung des Konjunkturprogramms II ein realistisches Ziel für 2010 bleibt.

Dass die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt trotz positiver Entwicklung noch immer hinter der anderer Länder zurück bleibt, liegt sowohl an der unzureichenden Anzahl von Industriearbeitsplätzen als auch einer zu wenig auf Industrie ausgerichteten Gewerbeflächenpolitik. Aus diesem Grund hat die IHK Berlin vorgeschlagen, den Flughafen Tegel nach seiner Schließung im Oktober 2011 als Standort für moderne, technologieorientierte Industrieunternehmen zu nutzen. Dabei soll der industrielle Kern von Wissenschaftseinrichtungen und Dienstleistern ummantelt werden, um Synergieeffekte zwischen Forschung und produzierendem Gewerbe zu erzielen. Die IHK stand während der Nachnutzungsdebatte zum Flughafen Tegel von Beginn an in einem engen Austausch mit den verantwortlichen Planern des Landes Berlin und hat als zusätzlichen Impuls ein eigenes Positionspapier erarbeitet. Erfreulich ist, dass der Senatsbeschluss zur Änderung des Berliner Flächennutzungsplanes die Vorstellungen der IHK Berlin in weiten Teilen berücksichtigt.

Andere Initiativen blieben dagegen weniger erfolgreich. Das Programm „ServiceStadt Berlin“, mit dem der Senat im Jahr 2007 eine neue Service- und Kundenorientierung der Verwaltung ankündigte, ist steckengeblieben. So sind noch immer aus dem von der IHK intensiv mit Vorschlägen unterstützten Senatsprojekt „Bürokratiekostensenkung mittels Standard-Kosten-Modell“ keine Ergebnisse in Form von Gesetzesänderungen umgesetzt worden. Auch die grundlegende Reform der zweistufigen Berliner Verwaltung wurde 2009 nicht von Politik und Verwaltung angepackt. Immerhin: Einen Lichtblick bildet die Weiterentwicklung von eGovernment-Angeboten der Verwaltung.

Auch die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie kann als erfolgreicher Beitrag zum Bürokratieabbau eingestuft werden. Bereits in den vergangenen Jahren hatte sich die IHK Berlin beim Senat für eine unternehmensfreundliche Umsetzung der Richtlinie eingesetzt. Ende 2009 konnte Vollzug gemeldet werden. Seit dem Jahreswechsel 2009/2010 gehören langwierige Behördengänge für Unternehmen in Berlin der Vergangenheit an. Statt wie bisher bei komplexen Verfahren mit unklaren Zuständigkeiten jede Behörde einzeln zu kontaktieren, reicht nunmehr ein einziger Antrag beim neuen Einheitlichen Ansprechpartner (EA). Dieser übernimmt für den

Unternehmer sämtliche Korrespondenz mit allen Fachbehörden und garantiert eine zügige Abwicklung.

Auch mit der Umsetzung des neuen Unternehmensservice in Berlin wurde eine langjährige Forderung der IHK Berlin erfüllt, die Betreuung der hier ansässigen Unternehmen zu bündeln und zu intensivieren. Mit dem neuen zentralen Key-Account-Management für die 400 zukunftssträchtesten Berliner Unternehmen, das bei der Berlin Partner GmbH angesiedelt ist, wurde dafür eine wichtige Weichenstellung vorgenommen.

Die Berliner Wirtschaft kann vorsichtig optimistisch nach vorn blicken. Doch um einen stetigen Aufschwung zu sichern, braucht es auch entsprechende Rahmenbedingungen seitens der Politik. Die Verunsicherung von Investoren wie beim Projekt Mediaspree oder Kompetenzwettbewerb zwischen den Verwaltungen sind da ebenso Gift wie Überlegungen, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Die IHK Berlin wird deshalb auch 2010 kritisch-konstruktiver Partner der Politik sein und sich engagiert für den Erfolg der Unternehmen einsetzen.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der IHK Berlin 2009

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Auf dem Weg der Konsolidierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erzielte die IHK Berlin weitere Fortschritte im Geschäftsjahr 2009. Die vorzuhaltende Ausgleichsrücklage und die freiwilligen Rücklagen zur Liquidität und Vorsorge wurden aufgestockt. Der vorgesehene Bedarf ist aber noch nicht erreicht. Ermöglicht haben den Vermögensaufbau die Mehrerträge aus dem Beitrag, Gebühren, Entgelte und die sonstigen betrieblichen Erträge sowie die betrieblichen Aufwendungen, die geringer ausfielen als geplant sowie das Finanzergebnis. Die Wirtschaftskrise wirkt sich wegen der Endabrechnung der Gewerbesteuer i.d.R. zwei Jahre später auf das Umlageaufkommen aus.

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2008 um 18,3 Mio. € auf 195,8 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlage- und Umlaufvermögens mit entsprechendem Anstieg des Eigenkapitals und der Pensionsrückstellungen. Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 10,9 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 87,0 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt 13,6 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von neu angelegtem Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen steigt um 6,8 Mio. € auf 30,7 Mio. €. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur erforderlichen weiteren Vorsorge erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital durch die planmäßigen Zuführungen zu den Rücklagen und das Ergebnis 2009 um 20,8 Mio. € auf 80,6 Mio. €. Es ist vorgesehen, das Ergebnis (8 Mio. €) vollständig den Rücklagen zuzuführen. Die Rückstellungen steigen um 1,4 Mio. € auf 35,3 Mio. €; davon entfallen 31,8 Mio. € auf Pensionsrückstellungen. Die Verbindlichkeiten haben aufgrund der planmäßigen

Tilgungen um 3,8 Mio. € auf 76,9 Mio. € abgenommen. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 75,7 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden.

Die Ertragslage ist sehr stark durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 72,3 % zu den Betriebserträgen bei. Die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2009 wurden übertroffen. Auf Umlagen entfallen 57,8 % und auf Grundbeiträge 42,2 % des Beitragsaufkommens. Von diesen Erträgen werden 12,9 Mio. € zur Kapitalbildung verwandt (in Form von Zuführungen zu den Rücklagen).

Die zweitgrößte Ertragsposition sind die Gebühren (10,4 Mio. €), die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt. Davon entfallen 83,6 % auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie der Aufgabe „Registrierung der Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 7,8 Mio. € zu den Betriebserträgen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,3 Mio. €. Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 3,3 Mio. € bei. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (91,7 %) zusammen.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 17,5 Mio. € bzw. 23,8 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen insgesamt 4,9 Mio. € auf die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen. 457 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung. Von den Aufwendungen für Gehälter entfallen 125 T€ auf rücklagenfinanzierte Maßnahmen für die Umstrukturierung und Steigerung der Qualität des Personals, so dass diese 10,4 Mio. € betragen. Zum Jahresende waren 223 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 196,32.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, der Erbbauzins und die Miete für das Gebäude Hardenbergstraße haben mit 12,3 Mio. € einen Anteil von 51,9 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für Fremdleistungen wie Sicherungsdienste, EDV-Dienstleistungen, Dienstleistungen der Berlin Partner

GmbH, outgesourcte Serviceleistungen aus dem Bereich Zentrale Dienstleistungen und für die Bewirtschaftung des LEH fielen 3,6 Mio. € an.

Vom Materialaufwand von 5,6 Mio. € entfallen 0,9 Mio. € auf Materialeinsatz und 4,7 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis ist durch das, infolge der Wirtschaftskrise, erheblich gesunkene Zinsniveau geprägt und hat mit zum Ergebnis 2009 in Höhe von 8 Mio. € beigetragen.

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 932 T€ in das immaterielle Vermögen und in Sachanlagen und 14,4 Mio. € in Finanzanlagen investiert.

Chancen und Risiken

Das implementierte rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglicht eine frühzeitige Erkennung wesentlicher bestands-, erfolgs- und existenzgefährdender Risiken sowie eine kontinuierliche Überwachung aller Entscheidungen und Entwicklungen in den Geschäftsbereichen und im Facility Management.

Risiken, die den Fortbestand der IHK unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurde, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse, die über die normale Entwicklung der Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick

Die Wirtschaftsführung 2010 der IHK Berlin setzt den eingeschlagenen Weg der finanziellen Gesundung fort. Ertragsrückgänge, die den Prozess beeinträchtigen würden, sind wegen der verzögerten Auswirkung der Wirtschaftskrise auf das Beitragsaufkommen nicht zu verzeichnen. Der Wirtschaftsplan 2010 sieht deshalb Rücklagenzuführungen in Höhe von 9,7 Mio. € vor. Mit dem Vermögensaufbau wird Vorsorge für die steigenden Leasingraten bis zum Jahre 2017 sowie für die sich aus dem Leasingvertrag ergebenden Instandsetzungs- und Unterhaltungsverpflichtungen zum Erhalt des LEH getroffen. Des Weiteren wird Vorsorge zur Tilgung des im Rahmen der Umfinanzierung des LEH aufgenommen Darlehens geschaffen. Mit dem Vermögensaufbau wird auch das Ziel verfolgt, die IHK so auf konjunkturelle Schwankungen vorzubereiten, dass damit einhergehende Ertragsrückgänge aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten gegebenenfalls durch Rücklagenentnahme finanziert werden können.

Die konsequente Disziplin in der Wirtschaftsführung sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2008 haben es der IHK ermöglicht, die höchste Beitragssenkung ihrer Geschichte zu beschließen. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 sinkt der seit 1996 konstante Umlagehebesatz um 13,3 % auf 0,39 %. Das entspricht einer finanziellen Entlastung der Unternehmen von insgesamt rund 2,5 Mio. € und die IHK setzt damit ein deutliches Zeichen in der Wirtschaftskrise.

Berlin, den 7. Juni 2010

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2009

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
A. Anlagevermögen	164.808.920,42	153.392.181,03	A. Eigenkapital	80.559.332,25	59.784.670,28
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	530.141,36	485.871,98	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	445.382,11	417.387,00	II. Ausgleichsrücklage	21.483.000,00	20.483.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	84.759,25	68.484,98	III. Andere Rücklagen	43.583.730,55	25.508.763,59
II. Sachanlagen	10.108.547,49	9.610.168,52	IV. Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.702.108,00	8.706.639,00	V. Ergebnis	8.003.026,48	6.303.331,47
2. Technische Anlagen und Maschinen	149.615,58	189.852,00	B. Sonderposten	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	934.234,88	629.930,88	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	322.589,03	83.746,64	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	154.170.231,57	143.296.140,53	C. Rückstellungen	35.262.192,38	33.863.637,70
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.807.981,65	29.665.550,65
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	1,00	1,00	3. Sonstige Rückstellungen	3.454.210,73	4.198.087,05
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	D. Verbindlichkeiten	76.896.597,37	80.723.311,06
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	59.345.158,53	45.728.328,22	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.737.134,09	79.587.466,67
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	94.825.072,04	97.567.811,31	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	30.666.100,13	23.877.617,23	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	705.513,95	553.172,75
I. Vorräte	602.417,11	821.715,69	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	46.561,95	58.496,02	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	555.855,16	763.219,67	6. Sonstige Verbindlichkeiten	453.949,33	582.671,64
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.041.278,65	3.128.699,94
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.155.118,16	6.817.347,69			
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	5.723.391,88	5.475.449,52			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	113.000,00	113.000,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.318.726,28	1.228.898,17			
III. Wertpapiere	2.120.000,00	2.060.000,00			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.120.000,00	2.060.000,00			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	19.788.564,86	14.178.553,85			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	284.380,10	230.520,72			
SUMME AKTIVA	195.759.400,65	177.500.318,98	SUMME PASSIVA	195.759.400,65	177.500.318,98

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2009

	Beträge in €	Beträge in €	Beträge in €
	Ist 2009	Ist 2008	Veränderung
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	47.065.831,21	46.702.698,20	363.133,01
2. Erträge aus Gebühren	10.390.798,64	11.163.265,84	-772.467,20
3. Erträge aus Entgelten	2.316.551,75	2.409.037,51	-92.485,76
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-207.364,51	-769.937,42	562.572,91
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	5.496.069,41	5.331.098,70	164.970,71
davon: - Erträge aus Erstattungen	243.915,24	196.363,17	47.552,07
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	54.317,51	68.039,73	-13.722,22
- Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	3.273.016,90	3.530.354,92	-257.338,02
Betriebsserträge	65.061.886,50	64.836.162,83	225.723,67
7. Materialaufwand	-5.621.212,02	-5.486.490,96	-134.721,06
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-959.359,97	-918.024,24	-41.335,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.661.852,05	-4.568.466,72	-93.385,33
8. Personalaufwand	-17.477.281,48	-20.332.193,55	2.854.912,07
a) Gehälter	-10.636.816,69	-10.654.882,61	18.065,92
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-6.840.464,79	-9.677.310,94	2.836.846,15
9. Abschreibungen	-359.581,61	-411.959,75	52.378,14
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-359.581,61	-411.959,75	52.378,14
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.757.155,90	-23.009.095,49	-748.060,41
davon: - Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-12.339.016,05	-12.199.635,06	-139.380,99
- Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Unterhaltung Haus Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-3.636.144,53	-3.815.722,60	179.578,07
Betriebsaufwand	-47.215.231,01	-49.239.739,75	2.024.508,74
Betriebsergebnis	17.846.655,49	15.596.423,08	2.250.232,41
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.287.683,67	6.052.384,19	235.299,48
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	565.645,21	1.356.822,42	-791.177,21
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-458.950,20	-291.498,03	-167.452,17
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.465.225,83	-3.839.702,37	374.476,54
Finanzergebnis	2.929.152,85	3.278.006,21	-348.853,36
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20.775.808,34	18.874.429,29	1.901.379,05
16. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-220,37	-104,44	-115,93
19. Sonstige Steuern	-926,00	-930,80	4,80
20. Jahresergebnis	20.774.661,97	18.873.394,05	1.901.267,92
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen	332.364,51	769.937,42	-437.572,91
a) aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	332.364,51	769.937,42	-437.572,91
23. Einstellungen in Rücklagen	-13.104.000,00	-13.340.000,00	236.000,00
a) in die Ausgleichsrücklage	-1.000.000,00	-4.983.000,00	3.983.000,00
b) in andere Rücklagen	-12.104.000,00	-8.357.000,00	-3.747.000,00
davon: - in die Kredittilgungsrücklage	-2.200.000,00	-2.200.000,00	0,00
- in die Rücklage für Instandsetzungen (Erhaltungsaufwand) des Ludwig-Erhard-Hauses	-1.151.700,00	-1.000.000,00	-151.700,00
- Rücklage für Steuern	-2.000.000,00	-2.000.000,00	0,00
- in die Liquiditätsrücklage	-6.752.300,00	-2.480.000,00	-4.272.300,00
24. Ergebnis	8.003.026,48	6.303.331,47	1.699.695,01
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	-8.003.026,48	-6.303.331,47	-1.699.695,01
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	-1.000.000,00	0,00	-1.000.000,00
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	-1.500.000,00	-3.000.000,00	1.500.000,00
davon Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	-5.503.026,48	-1.250.820,87	-4.252.205,61
davon Fonds Instandsatzung des LEH	0,00	-1.000.000,00	1.000.000,00
davon Rücklage Verdeckte Gewinnausschüttung	0,00	-1.052.510,60	1.052.510,60

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2009

		Beträge in €	Beträge in €	Beträge in €
		Ist 2009	Ist 2008	Veränderung
1.	Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	20.774.661,97	18.873.394,05	1.901.267,92
2. a)	+/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	766.701,36	692.517,78	74.183,58
b)	- Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00	0,00
3.	+/- Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen, Bildung Passive RAP (+) / Auflösung Aktive RAP (+), Auflösung Passive RAP (-) / Bildung Aktive RAP (-)	1.464.638,52	7.303.399,64	-5.838.761,12
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00	0,00
5.	+/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	1.405,71	40.643,17	-39.237,46
6.	+/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.385.836,40	60.854,67	-1.446.691,07
7.	+/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	23.618,89	-9.328,31	32.947,20
8.	+/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	21.645.190,05	26.961.481,00	-5.316.290,95
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2,00	1.000,00	-998,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-711.554,54	-382.331,10	-329.223,44
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	24.990,00	0,00	24.990,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-220.146,21	-165.740,33	-54.405,88
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.116.726,75	12.019.737,37	-8.903.010,62
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-14.394.864,46	-17.932.058,70	3.537.194,24
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-12.184.846,46	-6.459.392,76	-5.725.453,70
17. a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00
b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00
18.	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-3.850.332,58	-14.077.490,13	10.227.157,55
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.850.332,58	-14.077.490,13	10.227.157,55
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	5.610.011,01	6.424.598,11	-814.587,10
21.	+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	14.178.553,85	7.753.955,74	6.424.598,11
22.	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	19.788.564,86	14.178.553,85	5.610.011,01

5. Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2009 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS) i. V. m. Anlage 7 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 02. Januar 2007 (RFS) aufgestellt. In den Anhang sind diejenigen Angaben aufgenommen, die zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder zu einzelnen Posten der Bilanz vorgeschrieben sind.

Zum 01. Januar 2007 hatte die IHK auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die rechtlichen Grundlagen hierfür ergeben sich aus dem Finanzstatut in der Beschlussfassung durch die Vollversammlung vom 14. Juni 2006 und der Genehmigung mit Schreiben vom 12. September 2006 durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen als Rechtsaufsichtsbehörde.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenem Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Die zum Betrieb des LEH eingerichteten Betriebe gewerblicher Art (BgA) Nutzung und Service sowie Verpachtung, sind in die Bilanz integriert; dies trifft auch auf die BgA Drucksachen Verkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung zu. Ansätze und Ausweisung sind aus den Jahresabschlüssen 2009 der BgAs entnommen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als Betreibung LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK.

Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.

Grundstück Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.

Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<p>Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde i. d. R. zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.</p> <p>Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) ist jeweils ein Pool gebildet worden.</p> <p>Die Abschreibungswerte basieren auf den amtlichen AfA-Tabellen. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.</p>
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	<p>Die Anteile an der CidS GmbH werden aus kammerpolitischen Gründen gehalten und sind deshalb mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.</p>
Wertpapiere des Anlagevermögens	<p>Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips angesetzt. Zur Risikobegrenzung werden die Geldanlagen in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Fonds sind mit dem Kurswert zum 31. Dezember angesetzt, höchstens mit den Anschaffungskosten. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.</p>
Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	<p>Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragssteuerbilanz zum 31. Dezember 2009. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind auch die Anteile an den Unternehmen auf-</p>

geführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und
Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunkts der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß den Empfehlungen des DIHK-Arbeitskreises Rechnungswesen, in pauschalierter Form einzelwertberichtigt. Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert entsprechend der Kontoauszüge und Saldenbestätigungen ausgewiesen.

**Aktiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Rückstellungen Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet worden.

Pensionsrückstellungen Den Rückstellungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zugrunde, die in Anlehnung an § 6a EstG nach dem Teilwertverfahren erstellt wurden. Der Rechnungszinsfuß beträgt 4,5 %. Im Hinblick auf die künftige Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen nach BilMoG sind vorsorglich 1,26 Mio. € in die Rückstellung eingestellt.

Sonstige Rückstellungen Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 und eines Zinssatzes von 5,5 % auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt.

Verbindlichkeiten Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden

jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme angezahlter Software und der Aktivierung geleisteter Anzahlungen für neue Software.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbauperpflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend Einrichtungsgegenstände im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) sowie Büromöbel, Präsentations- und Kommunikationstechnik. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Ausstattung neuer Seminarräume im LEH und der Klimatisierung des Serverraums.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf das Infosystem des LEH geleistet.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Beteiligungen

Die IHK hält 50 % vom eingezahlten Stammkapital der CidS Computer in die Schulen gemeinnützigen GmbH. Die Beteiligung ist mit dem Erinnerungswert angesetzt, da bei Auflösung der Gesellschaft der Gesellschaftsvertrag den Verzicht auf die Rückforderung des eingezahlten Kapitalanteils vorsieht.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder, dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Die Bewertung erfolgt nach den Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Fondsanteile sind zum Kurswert am Stichtag bewertet. Zusammensetzung:

	31.12.2009	31.12.2008
Festverzinsliche Wertpapiere	32,6 Mio. €	22,9 Mio. €
Fondsanteile	1,9 Mio. €	1,8 Mio. €
Festgelder	24,8 Mio. €	21,0 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen. Der Anstieg der Festgelder gegenüber dem Vorjahr beruht auf unattraktiven Angeboten auf dem Anleihemarkt.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG (87,0 Mio. €, Vj.:89,1 Mio. €)

- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (1,5 Mio. €, Vj.:2,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (unverändert 146 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
 - BBB Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg GmbH
 - ESMT European School of Management GmbH
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (6,1 Mio. €, Vj.: 5,8 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH.

Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden Broschüren ausgewiesen.

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (4.906 T€; Vj.: 4.720 T€), Gebühren (624 T€; Vj.: 554 T€), Entgelten (161 T€, Vj.: 126 T€) sowie Nutzerentgelten und Pacht aus der Betreibung des LEH (31 T€; Vj.: 74 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Die Zunahme der offenen Forderungen um 186 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem gestiegenen Veranlagungsvolumen. Die Forderungen aus Beiträgen (vor Wertberichtigung 8,4 Mio. €) sind bei Handelregister-Unternehmen (HR-U) bzw. Kleingewerbetreibenden (KGT) um folgende pauschalierte Wertberichtigungen korrigiert:

Geschäftsjahre	HR-U	KGT
2009	20 %	20 %
2008	40 %	50 %
2007	60 %	80 %
2006	80 %	100 %
2005 und weitere	100 %	100 %

Die Festlegung der Prozentsätze für die Wertberichtigungen orientiert sich an der Zahlungsmoral der vergangenen Jahre.

Eine Forderung aus der Veranlagung zu Jumbobeiträgen aus dem Geschäftsjahr 2008 (45,2 T€) ist mit dem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt, weil ein Rechtsstreit anhängig ist.

Die Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – belaufen sich auf 1.545 T€.

Zur Überprüfung der periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	2009
	T€
Beitragsansprüche	20.408
- davon laufendes Jahr	2.490
- davon Vorjahre	17.918
Erstattungsverpflichtungen	2.656
- davon laufendes Jahr	1
- davon Vorjahre	2.655
Saldo	17.752

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr – nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung – bestandskräftiger Bescheid - entfallen würde. Die Verbescheidung der Bemessungsgrundlagen erfolgt deshalb stetig im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im Februar / März 2010. Im Erfolgsplan 2010 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 15,5 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 885,3 T€. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 100,4 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % .

Die Forderungen aus der Betreuung LEH betreffen Nutzungsentgelte und Betriebskostenabrechnungen sowie Pachtzins. Diese Forderungen sind ebenfalls pauschal mit 2 % wertberichtigt worden. Nach Wertberichtigung betragen die Forderungen aus der Betreuung LEH 31,6 T€.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen richten sich gegen die Wohnheim Reichsstraße GmbH. Die der Gesellschaft in 2007 gewährte Liquiditätsunterstützung konnte im Geschäftsjahr nicht zurückgezahlt werden.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus Forderungen gegen Mitarbeiter (1,6 T€), Forderungen gegen Kreditinstitute (901,7 T€), Forderung gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG (1.298,2 T€). Des Weiteren werden Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 66,5 T€, Forderungen gegen DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister, Fachberatung Finanzdienstleistungen und aus Darlehen von 9,5 T€ sowie Übrige Vermögensgegenstände von 41,2 T€ ausgewiesen.

Die IHKs gewährten dem DIHK im Jahre 2002 in einer finanziell sehr schwierigen Lage eine Liquiditätshilfe. Die IHK Berlin tat dies in Form eines Darlehens. Aus heutiger Sicht ist die Rückzahlung des Darlehens wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation des DIHK gefährdet. Deshalb wurde das Darlehen aus kaufmännischen Gründen wertberichtigt.

Da der 31. Dezember 2009 kein Banktag war, wurde die planmäßige Tilgungsleistung für das vierte Quartal 2009 von der Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG erst am 2. Januar 2010 erbracht.

Es handelt sich bei den Sonstigen Vermögensgegenständen um Forderungen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen resultieren.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft (insgesamt 120 T€) bewertet. Die Einlagen wurden zur Finanzierung von Tilgungsleistungen von Bauerrichtungsdarlehen verwendet. Die Gesellschaft hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks

Die Guthaben und Bestände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Eigennutzung IHK (16 T€)
- Betreuung LEH (77 T€)
- Prüfungsunterlagen und Softwarewartung für 2010 (191T€)

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition beträgt 9,3 % des Eigenkapitals.

Die **Ausgleichsrücklage** ist gemäß § 15 (3) FS zwischen 30 % und 50 % der Betriebsaufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen. Planmäßig wurden der Rücklage 1 Mio. € zugeführt.

Der Anteil an den Betriebsaufwendungen des Erfolgsplanes 2009 beträgt 42,7 %.

Andere Rücklagen

Die Rücklagen betreffen die Liquiditätsrücklage (16.332 T€), die Rücklage für die Instandsetzung des LEH (9.900 T€), die Kredittilgungsrücklage LEH (9.750 T€), die Rücklagen für Steuern (7.000 T€), die Rücklagen für Umstrukturierung und Qualifizierung Personal (552 T€) und die Rücklage zur Finanzierung der Auflösung unfertiger Leistungen (48 T€).

Der Anteil der Liquiditätsrücklage an den Betriebsaufwendungen des Erfolgsplanes 2009 beträgt 32,5 %. Die Liquiditätsrücklage kann gemäß § 15 (3) Finanzstatut mit maximal 50 % der Betriebsaufwendungen gebildet werden. Sie dient zur Sicherung der Liquidität und damit zur Vorsorge bei Ausfällen von Gebühren und Entgelten und bei der IHK Berlin zusätzlich zur Vorsorge für die 28 %-ige Erhöhung der Leasingrate ab Oktober 2012.

Die Zunahme der Rücklagen gegenüber dem Vorjahr beruht auf den planmäßigen Zuführungen und der Verwendung des Ergebnisses 2008.

Ergebnis

Das Ergebnis in Höhe von 8.003 T€ soll vollständig den Rücklagen zugeführt werden. Nachrichtlich folgender Ergebnisverwendungsvorschlag:

Ausgleichsrücklage:	1.000 T€
Liquiditätsrücklage:	1.500 T€
Kredittilgungsrücklage:	5.503 T€

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden gemäß § 6 a EStG in Höhe der Teilwerte der zukünftigen Verpflichtungen bewertet, unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 und eines Rechnungszinses von 4,5 %. Die Rückstellungen sind durch versicherungsmathematische Gutachten ermittelt worden. Aus Transparenzgründen sind erstmalig die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International GmbH gesondert im Anhang dargestellt. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen den Personalaufwand (u.a. Altersteilzeit, Jubiläen, Urlaub) mit 1,2 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €), Prozesskosten (1,1 Mio. €, Vorjahr 2,1 Mio. €), Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel (750 T€, Vorjahr 417 T€), für die Jahresabschlussprüfung (132 T€, Vorjahr 130 T€) und Sonstige (315 T€, Vorjahr 299 T€).

Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Die übrigen Personalarückstellungen betreffen den Beitrag zur Berufsgenossenschaft, die Schwerbehindertenabgabe und Prämien.

Der zurückgestellte Betrag „Prozesskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwaltshonorare, Gerichtskosten (laufende Instanz).

Über die Rechtmäßigkeit der Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel – zum sog. Jumbobeitrag – sowie zu Umlagen sind Rechtsstreite anhängig. Für vereinnahmte Grundbeiträge wurde aus Vorsichtsgründen eine Rückstellung gebildet.

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellungszeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen. Sie betragen gegenüber Kreditinstituten 75,7 Mio. € (Vorjahr 79,6 Mio. €) und aus Lieferungen und Leistungen 705 T€ (Vorjahr 550 T€).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (349 T€)
- Kautionen der Nutzer des LEH (34 T€)
- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (28 T€)
- Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern (26 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten (17 T€)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (2.704 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (225 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Für im Dezember 2009 eingezahlte Gebühren für Gefahrgutfahrerprüfungen und Unterrichtungen im Bewachungsgewerbe sind 80 T€ abzugrenzen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (nächste Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt. Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wird die Leasingrate gesenkt. Die IHK tritt an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinsersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden. Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2010 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 10,50 Mio €
- Erbbauzins: 0,56 Mio €

Über die Betreuung des LEH besteht mit der HSG Zander GmbH (Rechtsnachfolger der M+W Zander D.I.B. Facility Management GmbH / LEHEM GmbH) ein Generalbetriebervertrag, der bis zum 31. Dezember 2010 läuft. Für 2010 ergibt sich eine Verpflichtung von 1,2 Mio. €.

Das Gebäude Hardenbergstraße 16 – 18 ist angemietet. Der Mietvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2010. Für 2010 ergibt sich eine Verpflichtung von 1,3 Mio. €.

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin sind:

Mitglieder des Präsidiums

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Andreas Fibig (Vizepräsident)

Ulrich Köster (Vizepräsident)

Gerald Archangeli

Klaus-Peter Bär

Dr. Johannes Evers

Antje Meyer

Ulrich Misgeld

Walter Rasch

Karsten Schulze

Dr. Reinhard Uppenkamp

Tobias Weber

Willy Weiland

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Mitarbeiter

Die IHK Berlin beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 223 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit (einschl. Projekt- und befristete Mitarbeiter), das entspricht 196,32 Vollzeitäquivalenten.

6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Weiterhin werden sie nach den leistungsabhängigen Umlagen und den leistungsunabhängigen Grundbeiträgen gegliedert. Der Umlagesatz beträgt seit dem Jahr 1996 bezogen auf den Gewerbeertrag 0,45 %.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Beiträge	47.065,8	43.500,0	3.565,8	46.702,7
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	14.765,5	13.200,0	1.565,5	14.499,0
Umlage laufendes Jahr	16.058,1	14.800,0	1.258,1	16.123,0
Grundbeiträge Vorjahre	5.092,1	5.000,0	92,1	5.547,5
Umlage Vorjahre	11.150,0	10.500,0	650,0	10.533,2

Die Mehrerträge (8,2 %) werden zum Vermögensaufbau verwendet. Sie resultieren aus Veranlagungen aufgrund aktueller Bemessungsgrundlagen zum Ende des Geschäftsjahres, insbesondere für Vorjahre, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht absehbar waren. Von den Erträgen werden 385 T€ der Rückstellung für eventuelle Rückzahlungen aus der Veranlagung zu sog. Jumbobeiträgen und weiteren Beitragsrechtsstreitigkeiten zugeführt, da Rechtsstreitigkeiten anhängig sind.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Gebühren	10.390,8	10.100,8	290,0	11.163,3
davon:				
Berufliche Ausbildung	7.858,0	7.765,0	93,0	8.279,8
Fortbildungsprüfung	825,9	949,3	-123,4	845,3
Sonstige Gebühren	1.706,8	1.386,5	320,3	2.038,2

Die Mehrerträge bei den sonstigen Gebühren stammen aus erhöhten Teilnehmerzahlen an den Prüfungen und Unterrichtungen im Bereich Sach- und Fachkunde und aus der Führung des Versicherungsvermittlerregisters. Beide positiven Planüberschreitungen sind nachfragebedingt. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung war nicht absehbar, wann die Phase der Ersteintragungen der Versicherungsvermittler abgeschlossen ist. Der Minderertrag bei den Weiterbildungsgebühren beruht auf einer zu optimistischen Prognose. Zu dem Rückgang der Gebühren gegenüber 2008 haben bei den Ausbildungsgebühren die demografische Entwick-

lung, bei den Fortbildungsprüfungen und den sonstigen Gebühren die geringere Nachfrage beigetragen.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Anschriften, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungnahmen zu Handelsregistereintragungen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Entgelte	2.316,5	2.255,2	61,4	2.409,0
davon:				
Verkaufserlöse	192,5	274,0	-81,5	312,5
Lehrgänge, Seminare	2.124,0	1.981,2	142,8	2.096,2
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,3

Die Steigerung der Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren gegenüber dem Plan beruht auf einer erfolgreichen Marketingstrategie und der Ausweitung des Angebots. Die Einstellung des Verkaufs von Firmendaten ist planerisch nicht berücksichtigt worden, was auch den Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren überwiegend aus den Nutzungs- und Pachterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuwendungen erhält die IHK für die Wiederbesetzung auslaufender Altersteilzeitstellen durch die Übernahme eigener Auszubildender und für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %).

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Sonstige betriebliche Erträge	5.496,1	3.918,4	1.577,7	5.331,1
davon:				
Erlöse aus dem LEH	3.333,9	3.138,4	195,4	3.582,0
Erstattungen	243,9	177,4	66,5	196,4
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	54,3	59,2	-4,9	68,0
Sonstige betriebliche Erträge	1.864,0	543,4	1.320,6	1.484,7

Die überplanmäßigen Erlöse aus dem LEH stammen aus den Nutzungsentgelten und den Betriebskosten. Die Zunahme bei den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber dem Plan beruht überwiegend auf der Auflösung von Pensionsrückstellungen auf Grund von Sterbefällen. Die Mehrerträge bei den Erstattungen sind ursächlich auf die befristete Abordnung eines Mitarbeiters an den DIHK für das Projekt E-Government zurückzuführen. Die Erlöse aus dem LEH sind im Vergleich zum Vorjahr wegen verstärkter Eigennutzung und Leerstandes infolge von Nutzerinsolvenzen rückläufig.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u.a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Materialaufwand	5.621,2	6.123,8	-502,6	5.486,5
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	959,4	983,2	-23,8	918,0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.661,8	5.140,6	-478,7	4.568,5
davon: Honorare (u.a. Dozenten)	694,4	736,9	-42,5	725,9
davon: Prüferentschädigun- gen	1.666,4	1.912,5	-246,1	1.666,0
davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)	2.301,0	2.491,2	-190,2	2.175,6

Die Minderaufwendungen beruhen auf geringeren Fremdleistungen, insbesondere in der Berufsbildung. Die Planungsprognosen, insbesondere bezüglich der externen Prüfungsteilnehmer waren zu optimistisch.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 6,8 Mio. € einen Anteil von 39,2 % an den Aufwendungen.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Personalaufwand	17.477,3	18.489,1	-1.011,8	20.332,1
davon:				
Gehälter	10.533,2	11.869,4	-1.336,2	10.540,2
Ausbildungsvergütungen	103,6	117,0	-13,3	114,6
Sozialabgaben und Aufwen- dungen für die Altersversor- gung	6.840,4	6.502,7	337,7	9.677,3

Die Minderaufwendungen bei den Gehältern beruhen zu einem erheblichen Anteil auf der Nichtanspruchnahme der eingeplanten Mittel zur Umstrukturierung und Qualitätssteigerung des Personals (552 T€). Die Aufwendungen in Höhe von 125 T€ werden durch Entnahme aus der entsprechenden Rücklage finanziert. Weiter haben krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen zu den Minderaufwendungen geführt. Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Entsprechend geringer fielen auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung aus. Bei der Dotierung der Sozialabgaben im September 2008 wurde wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine damals avisierte Erhöhung der Abgaben eingeplant, die nicht erfolgte. Die Mehraufwendungen der Position „Sozialabgaben und den Aufwendungen für die Altersversorgung“ resultieren aus den Veränderungen der Rückstellungen für Pensionen. Bezüglich der Auflösung von Ruhegeldverpflichtungen wird auf die sonstigen betrieblichen Erträge verwiesen. Zur künftigen Ausfinanzierung der Verpflichtungen nach BilMoG sind 1 Mio. € den Rückstellungen zugeführt worden (Vj.: 262 T€).

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Abschreibungen	359,5	600,9	-241,4	412,0
davon:				
Immaterielle Vermögensgegenstände	150,9	242,0	-91,1	143,8
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	208,7	358,9	-150,2	268,2

Die Nichtausschöpfung der Mittel resultiert aus der Verschiebung und der verzögerten Inbetriebnahme von Vorhaben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete und die Bewirtschaftung des Gebäudes Hardenbergstraße, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehenden Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Sonstige betriebliche Aufwendungen	23.757,1	25.109,0	-1.351,9	23.009,1
davon:				
Sonstige Personalaufwendungen	498,1	662,5	-164,4	337,2
Mieten, Pachten, Leasing	12.339,0	12.366,7	-27,7	12.199,6
Aufwendungen für Fremdleistungen *	3.581,4	4.289,2	-707,8	3.815,7
Rechts- und Beratungskosten	618,6	577,6	40,9	973,0
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	844,9	963,5	-118,6	783,2
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	91,4	127,2	-35,8	186,9
Aufwendungen DIHK	966,7	949,9	16,8	910,8
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	1.938,3	2.740,6	-802,3	1.253,8
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	2.809,4	2.353,1	456,3	2.537,9

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Unterhaltung Haus Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner

**) u.a. Abschreibungen auf Forderungen, Zuführung zur Rückstellung eventuelle Rückzahlung Jubiläumsbeiträge und weitere Beitragsstreitigkeiten

Die Minderaufwendungen bei den sonstigen Personalaufwendungen beruhen auf zeitlich verschobenen Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Minderaufwendungen für Fremdleistungen resultieren aus den Bewirtschaftungskosten für das LEH, die mit 2,3 Mio. € den Planansatz um 301 T€ unterschritten haben. Des Weiteren musste die Umsetzung des neuen PC-Konzeptes zum Teil sowie die Sicherheitszertifizierung der IT wegen einer längerfristigen Erkrankung eines Mitarbeiters in das Jahr 2010 bzw. 2011 verschoben werden, was die Nichtinanspruchnahme von 331 T€ zur Folge hatte. Die Mehraufwendungen bei den anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen beruhen im wesentlichen auf die Zuführung zur Rückstellung für die Veranlagung zu sogenannten Jumbobeiträgen und weiteren Beitragsstreitigkeiten.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wurde durch die Neufinanzierung des LEH und die negative Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt beeinflusst.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Finanzergebnis	2.929,1	4.056,0	-1.126,8	3.278,0
davon:				
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.287,7	6.250,0	37,7	6.052,4
Zinsen und ähnliche Erträge	565,6	1.402,8	-837,2	1.356,8
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	458,9	100,0	-358,9	291,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.465,2	3.496,8	-31,6	3.839,7

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (4.044,3 T€).

Die Mindererträge bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen des Umlaufvermögens beruhen auf dem infolge der Wirtschaftskrise erheblich gesunkenen Zinsniveau. Dies ist auch ursächlich für das gegenüber dem Vorjahr um 348,9 T€ geringere Finanzergebnis.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen beruhen auf den Abschreibungen von erworbenen Wertpapieren auf den Nennwert.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH. Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern sind die Kfz-Steuer und Kapitalertragsteuer für Vorjahre abgerechnet.

Entnahmen aus Rücklagen

Der Rücklage Umstrukturierung und Qualitätssteigerung Personal wurden zur Finanzierung entsprechender Aufwendungen 125 T€ entnommen. Weitere 207 T€ wurden der Rücklage Unfertige Leistungen entnommen.

Einstellungen in Rücklagen

In die Rücklagen sind 13.104,0 T€ eingestellt worden:

Ausgleichsrücklage	1.000,0 T€
Liquiditätsrücklage	6.752,3 T€
Kredittilgungsrücklage LEH	2.200,0 T€
Rücklage für Instandsetzung des LEH	1.151,7 T€
Rücklage für Steuern	2.000,0 T€

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 8.003,0 T€ haben überplanmäßige Betriebserträge in Höhe von 5.287,5 T €, ein um 3.107,6 T€ geringerer Betriebsaufwand, ein negatives Finanzergebnis von 1.126,8 T€ sowie Veränderungen der Rücklagen in Höhe von 734,9 T€ beigetragen. Die Mehrerträge resultieren aus dem Beitragsaufkommen und der Auflösung von Rückstellungen. Die Minderaufwendungen beruhen auf einer sparsamen Wirtschaftsführung. Das Ergebnis soll zur Stärkung der Rücklagen verwendet werden. Im Einzelnen schlägt das Präsidium der Vollversammlung vor, folgende Zuführungen zu beschließen:

Ausgleichsrücklage	1.000.000,00 €
Liquiditätsrücklage	1.500.000,00 €
Kredittilgungsrücklage LEH	5.503.026,48 €

7. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und geringere Betriebsaufwendungen als geplant beeinflusst.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	20.774,7	13.506,5	7.268,2	18.873,4

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

	Ist T€ 2009	Plan T€ 2009	Abweichung T€ 2009	Ist T€ 2008
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	21.645,2	18.060,0	3.585,2	26.961,5

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, den Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2009 Investitionen in Höhe von 220 T€ in das immaterielle und 711 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt.

Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf einer verzögerten Durchführung der Maßnahmen.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (3.116,7 T€) betreffen die vorfristige Einlösung eines Wertpapiers (1 Mio. €) sowie die planmäßigen Tilgungen der beiden der von Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Das erste wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betreffen die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Diese ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2009	2009	2009	2008
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-12.184,8	-14.082,8	1.898,0	-6.459,4

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf planmäßigen Darlehenstilgungen. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank und das bei der IKB aufgenommene Darlehen zur Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2009	2009	2009	2008
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 3.850,3	-3.848,0	-2,3	-14.077,5

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird vollständig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 19.788,6 T€.

